

Bern



SRF in Ostermundigen
Georg Häsler Sansano nimmt die Agglomeration unter die Lupe. 21

Stadt sanierte Haushalt statt Häuser

Die Stimmbevölkerung gewährte der Berner Stadtverwaltung Anfang der Neunzigerjahre zehn Millionen Franken, um günstigen Wohnraum zu fördern. Rund zwei Drittel dieses Geldes landeten in der Stadtkasse. Politiker von links bis rechts sind empört.

Fabian Christl

Die Berner Wohnungsnot hat eine lange Tradition. Bereits Ende der 80er-Jahre sah der Berner Gemeinderat Handlungsbedarf. Er schlug vor, bezahlbaren Wohnraum bis zur Jahrtausendwende mit zehn Millionen Franken zu fördern. Das Stimmvolk hiess das Begehren am 28. Januar 1990 gut. An der morgigen Stadtratssitzung wird dem Parlament nun die Kreditabrechnung vorgelegt. Und diese birgt Zündstoff: Anstelle der zehn Millionen Franken hat die Stadt preisgünstigen Wohnraum nur mit 3,6 Millionen Franken gefördert.

Bei der zuständigen Kommission für Finanzen, Sicherheit und Umwelt (FSU) stossen diese Zahlen auf wenig Begeisterung. Die Kommission sei «enttäuscht», dass das Geld nicht zur Förderung von gemeinnützigem Wohnraum eingesetzt worden sei, sagt FSU-Präsidentin Christine Michel (GB) auf Anfrage. «Damit hat

«Die Vorstellung, es existiere noch ein volles «Kässeli», ist falsch.»

Alexandre Schmidt, Gemeinderat (FDP)

der Gemeinderat den Willen der Stimmbevölkerung missachtet.» Die FSU empfehle dem Stadtrat, die Kreditabrechnung nicht zu genehmigen.

Die falschen Instrumente

Gemeinderat Alexandre Schmidt (FDP) sieht in dieser Geschichte «keinen Skandal». Man habe schlicht und einfach Instrumente geschaffen, die keine Nachfrage gefunden hätten, sagt er. Das ist indes nur ein Teil der Wahrheit. Rund ein Drittel der zehn Millionen Franken waren für Darlehen reserviert. Für diesen Kreditanteil ging tatsächlich kein entsprechendes Gesuch ein. Für die restlichen 6,6 Millionen Franken bestand indes reges Interesse. Allerdings hatte der Gemeinderat bereits in den Jahren 1998/99 den Abschluss des Förderprogramms beschlossen. Unzureichende Hochrechnungen führten zudem dazu, dass letztlich nur 3,6 Millionen als nicht rückzahlbare Zuschüsse verteilt wurden.

Dass «damals» nicht alles optimal lief, konstatiert auch Schmidt auf Nachfrage hin. «Es stimmt, der Volksauftrag wurde nur teilweise umgesetzt», sagt er. Heute



«Wo? Wo? Wohnige? Hü! Hü! Hüser!», lautet eine Parole aus den Achtzigerjahren. Trotzdem fördert die Stadt den Wohnungsbau nur sehr zurückhaltend. Foto: Valérie Chételat

noch nach Schuldigen zu suchen, sei allerdings «eher für Historiker, denn für Politiker» interessant. Allfällige Begehrlichkeiten versucht er bereits zu unterbinden. «Die Vorstellung, es existiere noch ein volles «Kässeli», ist falsch.» Die nicht verwendeten Gelder seien mittels eines buchhalterischen Aktes in das reguläre Budget übergeführt worden.

Geld in Wohnungsbau rückführen

Kommissionspräsidentin Michel findet, der Gemeinderat mache es sich zu leicht. Da ein Nein des Stadtrats zur Kreditabrechnung nur symbolischen Charakter hätte, wird sie zusammen mit Daniel Klausner (GFL) und Lena Sorg (SP) eine Motion einreichen. «Wir fordern, dass der Gemeinderat die verbliebenen 6,4 Millionen gemäss dem Willen der Volks-

abstimmung für den gemeinnützigen Wohnungsbau verwendet», sagt sie. Auf welchem Weg das geschehen soll, lässt sie offen. «Der Gemeinderat soll sich ein wenig kreativ zeigen.»

Auch Mitmotionär Daniel Klausner will Gemeinderat Schmidt nicht einfach aus der Verantwortung entlassen. «Den Gesamtgemeinderat trifft keine Verantwortung, den Finanzdirektor sowie seine Verwaltung hingegen schon», sagt er. Klausner findet insbesondere stossend, dass die Kreditabrechnung erst jetzt dem Parlament vorgelegt wird, obwohl diese schon vor vier Jahren erstellt worden ist. «Man kriegt den Eindruck, dass die Finanzdirektion das Geschäft unter den Teppich kehren wollte», sagt er.

Stadtrat Bernhard Eicher (FDP) nimmt den Parteikollegen Schmidt in

Schutz. Es sei zwar störend, dass die Kreditabrechnung erst so spät vorgelegt werde. Das komme aber öfters vor. «Ich bin sicher, dass keine böse Absicht vorlag», sagt er. Dass hingegen nur ein kleiner Teil des vorgesehenen Geldes für die Förderung von preisgünstigem Wohnraum verwendet wurde, sei sehr problematisch. Den Vorschlag, das zweckentfremdete Geld nachträglich noch für die Förderung von Wohnungsbau einzusetzen, hält er für «prüfungswert». Allerdings bloss für den Teil der nicht rückzahlbaren Zuschüsse.

Auch Bürgerliche üben Kritik

«Die Wohnbauförderung ist nicht unser Kernanliegen», sagt Stadtrat Simon Glauser (SVP). Er finde es aber «immer problematisch», wenn Geld nicht für

den vorgesehenen Verwendungszweck eingesetzt werde. Trotzdem sei er eher dafür, einen Schlussstrich unter diese «unschöne Geschichte» zu ziehen. «Meine Partei wird wohl nicht federführend sein, wenn es darum geht, die Gelder nachträglich doch noch in die Förderung von preisgünstigem Wohnraum zu stecken.»

«Der Gemeinderat muss sich jetzt ein wenig kreativ zeigen.»

Christine Michel, Stadträtin (GB)

Der teuerste Berner Vollzugsfall kostet 58 249 Franken im Monat

Polizeidirektor Hans-Jürg Käser gab gestern brisante Zahlen bekannt. Settings wie im Fall «Carlos» seien im bernischen Strafvollzug aber in keiner Weise anzutreffen.

Dölf Barben

Dem Regierungsrat sei es wichtig, «diese Zahlen in geeigneter Relation zu setzen», betonte Polizeidirektor Hans-Jürg Käser (FDP) gestern in der Fragestunde des Grossen Rates. Isoliert betrachtet, haben es die Zahlen in der Tat in sich: Der «teuerste Fall» im Kanton Bern verursacht monatlich Kosten von 58 249 Franken, wie Käser bekannt gab. Er antwortete damit auf Fragen von EVP-Grossrat Daniel Steiner-Brütsch aus Langenthal. Dieser wollte wissen, wie hoch die monatlichen Strafvollzugskosten «der drei schwersten beziehungsweise kostenintensivsten Fälle» seien, für die der Kan-

ton Bern zuständig ist. Steiner-Brütsch hatte Bezug genommen auf den Fall «Carlos», der im letzten Jahr zum regelrechten Medienspektakel geworden war. Für den jungen Mann aus dem Kanton Zürich war ein sogenanntes Sondersetting zusammengestellt worden, das den Steuerzahler monatlich 29 000 Franken kostete. Volkes Seele in Wallung gebracht hatten Stichwörter wie Thabox-Training und eine eigene Wohnung.

«In der Regel teuer»

Auch der zweit- und der drittteuerste Fall des Kantons Bern kosten im Vergleich mit dem Setting von «Carlos» immer noch bedeutend mehr, je 50 034 Franken pro Monat, wie Käser gestern sagte. Diese kostenintensiven Fälle hätten allerdings nichts mit «Sondersettings» zu tun. Es handle sich um «Verurteilungen mit einer Massnahme». Die Eingewiesenen befänden sich alle im Zentrum für Stationäre Forensische Therapie in der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich. Käser unterstrich, im Kanton Bern seien Ju-

gendliche im Massnahmenvollzug «in keiner Weise in Settings anzutreffen, wie sie im Fall «Carlos» publik wurden».

Die Urteilspraxis habe sich in den letzten Jahren stark geändert, sagte der Regierungsrat. Die Justiz spreche vermehrt stationäre therapeutische Massnahmen aus - «diese sind in der Regel teuer». Aufgrund dieser Tendenz seien weiter steigende Kosten nicht gänzlich auszuschliessen. Die Polizei- und Militärdirektion beziehungsweise das Amt für Freiheitsentzug und Betreuung «ist jedoch lediglich ausführende Instanz».

Externe sind teurer

Weniger als 10 Prozent der Fälle verursachen Kosten von über 15 000 Franken pro Monat, sagte Käser. Dies gilt für Erwachsene, die in Einrichtungen des Kantons untergebracht sind. Bei den Erwachsenen in externen Institutionen lösen knapp 40 von 147 Fällen (rund 27 Prozent) höhere Kosten aus. Bei den Jugendlichen kann der Kanton nur für jene Fälle Informationen liefern, die in

eigenen Einrichtungen - in den Heimen Prêles und Lory - untergebracht sind. Bei 7 von 66 Jugendlichen lägen die Kosten über 15 000 Franken (gut 10 Prozent). Diese Angaben zeigten, sagte Käser mit Blick auf die teuersten Fälle, dass der Massnahmenvollzug «mit derartigen Kosten nicht die Regel ist».

«Das ist sehr viel Geld»

Er sei erschrocken, als er diese Zahlen gehört habe, sagte Grossrat Steiner-Brütsch nach der Fragestunde dem «Bund». 58 000 Franken pro Monat bedeute fast 700 000 Franken pro Jahr. «Das ist sehr viel Geld.» Er kenne die Details nicht, und es handle sich wohl um Einzelfälle. Darum wolle er nichts skandalisieren. Als Politiker frage er sich aber schon, wie er das den Leuten auf der Strasse erklären solle - gerade jenen Leuten, die in einem ganzen Jahr weniger verdienten, als der Staat für einen einzigen Straftäter in einem Monat ausgeben. Ob er nun etwas unternehmen werde, wisse er noch nicht.

Niemand kann das Jetboot ausbooten

«Es bestehen derzeit leider keine Handlungsmöglichkeiten»: Dies sagte gestern Regierungsrat Hans-Jürg Käser im Grossen Rat in der Fragestunde. Es war die Antwort auf eine Frage der besorgten Oberländer Grossrätin Christine Häsler (Grüne). Sie wollte wissen, welche Möglichkeiten der Kanton habe, «die Region Oberland-Ost vor weiteren gefährlichen - im vorliegenden Fall auch lärmintensiven - Adventure-Angeboten zu bewahren». Häsler zielte mit ihren Fragen auf ein neues touristisches Angebot, das im April auf dem Brienzensee lanciert werden soll: Rundfahrten mit einem Jetboot (siehe «Bund» vom Samstag). Das vorgesehene Angebot weiche kaum ab vom üblichen Schiffsverkehr, sagte Käser gestern. Und: Der gewerbliche Personentransport mit Motorbooten «unterliegt keiner besonderen Bewilligungspflicht». Gewerbliche Tätigkeiten könnten grundsätzlich ohne Einschränkungen ausgeübt werden. Es seien lediglich die üblichen Vorschriften einzuhalten. (db)